

BACKBORD

Herbst/Winter 2023

Unter 18?
**EINTRITT
FREI!**

**GLEICHES RECHT
FÜR ALLE**
auf Kultur, Sport, HVV:
Hamburg braucht die Kiju-Karte!

Soziale Spaltung: Die Armut steigt

Seite 4

Hamburger Hafen: Keine Privatisierung!

Seite 6

Frauenhäuser: Hilfe in der Not

Seite 7

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

haben Sie es auch schon gelesen? Parteiinterner Streit? Schlechte Umfragen? Spaltung? Haben wir auch gelesen. DIE LINKE am Ende? Das ist Quatsch!

DIE LINKE ist quicklebendig, gerade hier in Hamburg. Im Sommer ist sie 16 Jahre alt geworden. DIE LINKE vernetzt und organisiert, kämpft und arbeitet, berät und unterstützt, demonstriert – und gelegentlich feiert sie auch. DIE LINKE ist da, und sie wird bleiben. Und das ist auch gut so.

Denn in diesen Krisenzeiten ist eine starke Kraft von links wichtiger denn je. Kompromisslos gegen Kinderarmut, gegen die soziale Spaltung, gegen die Profitgier in unserer Stadt, gegen Rechts: Das machen SPD und Grüne längst nicht mehr. Das macht nur DIE LINKE: das Original.

In der Bürgerschaft sehen wir das jede Woche aufs Neue. Hier sind wir die einzige Kraft, die all denen eine Stimme gibt, die sonst nicht zu hören sind. Denn die werden immer mehr. Neue Zahlen zeigen: Der Anteil der Armen und Abgehängten in unserer Stadt steigt weiter an (siehe Seite 4). Die Regierungsparteien scheinen sich damit abgefunden zu haben. Wir werden das niemals tun. Und wir machen weiter – mit aller Kraft. Versprochen!

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



FREIFAHRTSCHEIN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

GEHT NICHT? GIBT'S NICHT.

Mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe, mehr Chancengleichheit: Das ist die Idee hinter der KiJu-Karte. Was sie leisten könnte, warum wir sie brauchen



So könnte sie aussehen: die kostenlose KiJu-Karte

Das können wir uns nicht leisten“: Diesen Satz hören in Hamburg noch immer viel zu viele Kinder in viel zu vielen Familien. Und eben nicht nur, wenn es um Luxus geht. Sondern auch dann, wenn es einfach darum geht, zu tun, was für Kinder mit wohlhabenden Eltern selbstverständlich ist: am gesellschaftlichen Leben teilnehmen!

Denn Freizeit, Sport, Kultur, Mobilität: All das kostet Geld. Und in Zeiten großer Preissteigerungen immer mehr. Leider zeigt sich dabei immer wieder: Wer nicht genügend auf dem Konto hat, wird ausgeschlossen. Das aber darf nicht sein!

Kein Kind darf benachteiligt werden

Denn die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist ohnehin ein Skandal. Für Menschen jeden Alters. Bei Kindern ist es aber besonders ungerecht, dass es Reich und Arm gibt. Was können sie dafür, dass ihre Eltern keine Arbeit haben, nichts geerbt haben, vielleicht krank sind oder auf Bürgergeld angewiesen sind? Warum sollen Kinder darunter leiden? Warum sollen es andere, die zufällig in eine reiche Familie geboren wurden, besser haben?

Zumal fehlendes Geld nicht einfach nur ein Problem bei der Freizeitgestaltung darstellt. Sondern auch für die Zukunft! Denn fehlende Teilhabe ist schlecht für die körperliche und geistige Entwicklung. Und damit für die Startchancen im Leben. Im Kinder- und Jugendalter werden viele

Weichen fürs spätere Leben gestellt. Deshalb brauchen auch Kinder aus armen Familien alle Möglichkeiten!

Gleiche Chancen aber gibt es nur, wenn finanzielle Hürden eingerissen werden. Und dazu gehört: gleicher Zugang zum gesellschaftlichen Leben. Geht nicht? Gibt's nicht!

DIE LINKE hat deshalb eine neue Idee entwickelt: Eintritt frei für alle Kinder! Und das sieht dann so aus: Jedes Kind unter 18 bekommt eine Kinder- und Jugend-Karte (KiJu-Karte). Die garantiert freien Zugang überall dort, wo es in der Stadt Sport, Kultur und Bildung gibt: im Museum, im Theater, im Schwimmbad, im Sportverein. „Wichtig ist, dass dies für die Betroffenen keinen Makel bedeutet und dass gleichzeitig Armut bei Kindern und Jugendlichen bekämpft wird“, sagt Insa Tietjen, die kinderpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Auch der öffentliche Nahverkehr soll enthalten sein, denn Mobilität gehört unbedingt dazu.

Hilfe - aber richtig!

Zwar gibt es bereits jetzt ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) für arme Familien. Aber das wird nur von einem Bruchteil der Betroffenen genutzt. Kein Wunder: Mit 15 Euro pro Monat gibt es relativ wenig Geld, berechtigt sind nur Kinder unter 15 Jahren und auch nur dann, wenn die Eltern Bürgergeld bekommen. Zudem ist der Aufwand bei der Antragstellung enorm.

Die KiJu-Karte hingegen würde auch Familien, denen diese bürokratischen Hürden zu hoch sind, unter die Arme greifen. Es würden wirklich alle Kinder profitieren! Und auf diese Weise mithelfen, die Gräben zwischen Arm und Reich wenigstens im Kindesalter ein wenig zuzuschütten.

Geht nicht? Gibt's nicht! Die Fraktion DIE LINKE hat in der Hamburgischen Bürgerschaft bereits einen konkreten Antrag gestellt. 125 Millionen Euro pro Jahr würde die KiJu-Karte kosten. Eine Investition, die jeden Cent wert ist. Schließlich geht es um unsere Kinder.



0 Euro
Kostenlos schwimmen in allen Hallen- und Freibädern von Bäderland



0 Euro
Eintritt frei in allen staatlichen Theatern



0 Euro
Freier Zugang zu allen städtischen Museen



0 Euro
Gratis-Nutzung der öffentlichen Bücherhallen



0 Euro
Freie Fahrt im Großbereich des HVV



0 Euro
Kostenlose Mitgliedschaft in Hamburgs Sportvereinen

Von Singen lernen...

Mit der Einführung einer KiJu-Karte könnte die Stadt Hamburg eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

Zwar gibt es bereits ähnliche Angebote in anderen Städten, aber deren Konzepte gehen nicht ganz so weit. In der Stadt Singen erhalten Kinder aus armen Familien beispielsweise seit vier Jahren eine Karte, die ihnen kostenlosen Zugang zu zahlreichen Kultur- und Sport-Angeboten ermöglicht. In Bremen bekommen bedürftige Kinder eine „Freikarte“, die mit einem Guthaben von 60 Euro aufgeladen ist, das in etwa 60 Freizeiteinrichtungen eingelöst werden kann. Gute Ansätze – aber noch nicht ausreichend!



SOZIALE SPALTUNG

DIE STADT DER GROSSEN GRÄBEN

Hamburg ist gespalten. Und dem geballten Reichtum in unserer Stadt steht eine immer weiter wachsende Armut gegenüber. Die wir uns nicht leisten dürfen. Wen es besonders oft betrifft - und was jetzt passieren muss

Eine reiche Stadt wie Hamburg kann sich alles Mögliche erlauben. Nur keine Armut. Doch die ist da, oft für uns alle sichtbar – noch öfter aber im Verborgenen. Nämlich dort, wo Menschen sich nicht mal leisten können, was für die Mehrheit Alltag ist: Kino, Kneipe, Klassenfahrt. Hamburg ist eine gesplante Stadt: mit der bundesweit höchsten Reichendichte. Und mit einer Armutsgefährdungsquote von über 20 Prozent. Und diese Zahl steigt – Jahr für Jahr!

Noch ein paar Zahlen? Sorry, aber es wird nicht besser: Im Bundesschnitt ist die Armutsgefährdungsquote von 2022 auf 2023 gesunken – in Hamburg ist sie aber gestiegen! Besonders von Armut betroffen sind junge Menschen sowie Frauen und Migrant*innen – und das oft trotz Arbeit! Weil die realen Löhne viel zu oft ein Witz sind, weil Vollzeit nicht machbar ist. Unter den Jugendlichen ist mehr als jede*r Vierte von Armut bedroht. Bei den 18-25-Jährigen liegt die Armutsgefährdungsquote sogar bei 34,7 Prozent.

gleich morgen, aber in drei Wochen, drei Monaten, nächstes Jahr. „Armutsgefährdung“ heißt, dass alles immer in Frage steht: Nirgends ist Sicherheit. Rund 4.200 Hamburger Haushalte wurde im vergangenen Jahr der Strom abgestellt. Ein Leben ohne Elektrizität, im 21. Jahrhundert?



Reich oder arm? Noch immer entscheidet vor allem das Einkommen der Eltern darüber, wie Kinder später leben

ren noch schlimmer! Wer schon vor Ausbruch der Pandemie wenig hatte, wurde ungleich härter getroffen als all jene in sicheren Jobs. Und auch das muss man wissen: Der private Reichtum in Hamburg ist während der Krise noch gestiegen. Nur kam das in viel zu vielen Stadtteilen und bei viel zu vielen Menschen nie an.

Und der Senat? Duckt sich weg, stiehlt sich aus der Verantwortung, überall in Hamburg fehlt es an Sozialarbeiter*innen, die Ämter sind überlastet, die Bezirke überfordert mit der Bewältigung der sozialen Not. Doch SPD und Grüne stecken lieber die Milliarden-Überschüsse in den Schuldendienst als klug zu investieren in unsere Infrastruktur, statt die Risse zu kitten, die Gräben zuzuschütten. „Ein gutes Leben für alle“ fordert Hamburgs

LINKE – alle Hamburger*innen müssen teilhaben am Leben und dem Wohlstand in unserer Stadt. Und das ist möglich, das Geld ist da! Wir müssen es nur endlich anders verteilen.



Armut in Hamburg: LINKE Pläne gegen die Not

Die Armut darf von der Politik nicht länger ignoriert werden: Hamburg muss mit einer behördenübergreifenden Anti-Armutstrategie gegen die soziale Not angehen. Wir wollen die soziale Infrastruktur ausbauen: Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen sowie Stadtteilzentren, Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater und Nahverkehr – das alles hält unsere Gesellschaft sozial zusammen. Eine KJJu-Karte für alle unter 18 – damit die mitten im Leben stehen können. Und nicht nur hilflos am Rand. Und mag ja sein, dass SPD und Grüne sich besser fühlen, weil Hartz IV nun „Bürgergeld“ heißt. Doch für Betroffene ändert das wenig: Noch immer drohen Sanktionen, noch immer reicht der Regelsatz hinten und vorne nicht. Wir wollen aber keinen neuen Namen, wir wollen ein neues System. Das niemanden im Regen stehen lässt. Das gute Leben für alle – das ist doch wohl das Mindeste.

KINDERGRUNDSICHERUNG: Wie die Ampel es vermässelt hat



Klare Sache: Eine Kindergrundsicherung muss kommen. Die LINKE fordert schon seit Jahren eine solche vereinfachte und gebündelte Hilfe für Kinder und Jugendliche – wir haben ein eigenes Konzept entwickelt, wollen so den von Armut betroffenen jungen Menschen helfen. Nur: Als die Berliner Ampel-Koalition Ende September so eine Kindergrundsicherung verabschiedete, war die nicht mal den Namen wert. Brutal hatte die FDP das Konzept bekämpft – am Ende blieb ein mieser Kompromiss und nur noch ein winziger Bruchteil der wirklich benötigten Summe. Die LINKE ist sich sicher: Wir helfen den Kindern und Jugendlichen nicht mit paar Krümeln vom Koalitionstisch. Weil Armut uns alle angeht.

RENTEN RAUF! Warum wir einen kräftigen Inflationsausgleich brauchen



Rund 67.000 Hamburger*innen im Rentenalter sind arm. Mehr als 30.000 von ihnen erhalten Grundsicherung, weil sie mit der Rente nicht auskommen. Gut 1.000 Rentner*innen demonstrierten kürzlich in der Hamburger Innenstadt gegen dieses Elend – Hamburgs LINKE hatte neben den Gewerkschaften zur Demo aufgerufen und war mittendrin. Angesichts der Preissteigerungen geht es um einen spürbaren Inflationsausgleich. Deniz Celik, unser senior*innenpolitischer Sprecher: „Gutes Leben im Alter haben alle verdient – unabhängig von Geldbeutel und Pflegebedürftigkeit.“

Armutsgefährdung in Hamburg:

27,8% Kinder

20,4% insgesamt

Hamburg ist damit in relativen Zahlen Deutschlands trauriges Schlusslicht. Und das darf niemanden kalt lassen!

Ein warmes Essen, eine warme Dusche, Strom, ein Bett und ein Dach über dem Kopf: alles eine Selbstverständlichkeit. Doch wer „armutsgefährdet“ ist, lebt in permanenter Angst, dass all das verlorengeht – vielleicht nicht

Hamburg ist sozial tief gespalten. Löhne, Bildung und Gesundheit – überall ziehen sich unsichtbare Gräben durch unsere Stadt. Wo wir leben, bestimmt viel zu oft, wie wir medizinisch versorgt sind, wie gut unsere Schulen ausgestattet sind, wie oft der Bus kommt. Und die Corona-Krise hat das alles noch einmal verschärft. Wir wissen das aus einem wissenschaftlichen Gutachten zu den sozialen Folgen der Pandemie, das Hamburgs Linksfraktion in Auftrag gegeben hatte. Eins der Ergebnisse: Diese Gräben, diese klaffenden Risse zwischen den wohlhabenden und den armen Stadtteilen – das alles wurde nicht besser, es wurde in diesen Jah-

KURZ VORGESTELLT

INSA TIETJEN
Sprecherin für Kinder und Kitas, Ausbildung und Religion



Lehrerin an einer Gemeinschaftsschule
» 44 Jahre alt » verheiratet
» seit 2020 in der Bürgerschaft

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?
Ich arbeite seit 20 Jahren als Lehrerin und musste in diesen Jahren miterleben, wie sich die soziale Ungerechtigkeit immer weiter verschärft hat, so dass von einer Chancengleichheit heute keine Rede sein kann. Da konnte und wollte ich nicht mehr tatenlos zuschauen, sondern aktiv versuchen, mich auch politisch für die Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?
Den Finger immer wieder in die Wunde legen, die regierenden Fraktionen dazu anhalten, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen mehr in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu rücken.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?
Mich ärgert, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen und Wünschen nicht ernst genommen werden. Das hat die Coronazeit ganz deutlich gezeigt.

📧 insa.tietjen@linksfraktion-hamburg.de
☎ 040 52 15 11 22

STEPHAN JERSCH
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft, Tierschutz, Bezirkspolitik und Tourismus



» 60 Jahre alt » ledig
» seit 2015 in der Bürgerschaft

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?
Da war der geplante Bau eines Autobahnringes um meine Heimatstadt und der Geschichtslehrer, der das Grundgesetz zitierte: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit..." Fand ich gut!

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?
Themen, die unbequem für das "Weiter-so-Durchregieren" sind, dürfen nicht untergehen. Und wenn es der tausendste Baum ist, der gefällt wird, der hundertste Schwan, der abgeschossen wird oder der Fernwärmeanschluss, der verweigert wird, weil er sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet!

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?
Die Arroganz der Regierungskoalition. Paternalistisch wird ganz Hamburg zum unmündigen Kind gemacht, für das Senat und Rot-Grün schon besser wissen, wo es langgeht. Das ist weder dem Ernst der Klima- und Umweltsituation angemessen noch einer mündigen Zivilgesellschaft!

📧 stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de
☎ 0177 75 37 724

PRIVATISIERUNG

UNSER HAFEN - NICHT EUER CASINO!

Bürgermeister und Senat überlassen immer größere Teile unseres Hafens internationalen Großreedereien. Warum das fatal für die Zukunft unserer Stadt ist



Solidarität mit den HHLA-Beschäftigten: DIE LINKE demonstriert gegen den Millionen-Deal

Die Verhandlungen liefen im Geheimen – Mitte September präsentierte der Hamburger Senat dann der Öffentlichkeit einen fragwürdigen Deal: Die Reederei MSC soll die Hälfte der Anteile der HHLA übernehmen – dem zentralen Unternehmen für die Infrastruktur im Hamburger Hafen. Die Stadt Hamburg würde lediglich 50,1 Prozent der Anteile behalten. Der Senat verspricht sich davon, dem kriselnden Containergeschäft auf die Sprünge zu helfen: MSC verspricht, seinen Umschlag in den Hamburger Terminals der HHLA bis 2031 auf eine Million Standardcontainer pro Jahr zu erhöhen.

Was hat es für Auswirkungen, wenn sich Reedereien an Hafenbetrieben beteiligen? Als privatwirtschaftliches Unternehmen hat MSC eigene Interessen – nämlich die Steigerung seiner Profite. „Die Folge dieser Übernahme ist der dominierende

Einfluss einer Reederei auf alle norddeutschen Terminals der HHLA und damit auf einen bedeutenden Teil der Hafentwicklung“, kritisiert unser hafenspezifischer Sprecher Norbert Hackbusch. Die Gewerkschaft ver.di befürchtet einen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen bei der HHLA. Belegschaften würden erpressbarer, wenn die Reedereien ihre neue Macht „als Arbeitskampfmaßnahme seitens der Arbeitgeberseite einsetzen“, erklärte der Bundeskongress der Gewerkschaft in einem Statement. Und anstatt die Kooperation im Hafen und zwischen den Häfen zu fördern, verschärft der Einstieg von MSC die Konkurrenz. Denn

Keine Erfolgsgeschichte: Privatisierungen in Hamburg

Wenn in Hamburg der Senat nicht mehr weiter weiß, privatisiert er öffentliches Eigentum – diese Politik kennen wir seit Jahrzehnten. Und sie war jedes Mal desaströs: Ob beim Verkauf der Krankenhäuser an den Asklepios-Konzern, dem Aufkauf der Hamburgischen Elektrizitätswerke durch den Atomkonzern Vattenfall oder beim „Primo-Deal“, bei dem der CDU-Senat wichtige städtische Bürogebäude an Immobilienfirmen verscherbte: Immer war die Bilanz verheerend für die Stadt und die Bürger*innen.

MSC: Wer ist das eigentlich?

Die Mediterranean Shipping Company (MSC) mit Firmensitz in der Schweiz ist die weltweit größte Containerreederei. 760 Frachter gehören zur Flotte, MSC betreibt weltweit mehr als 70 Hafen-Terminals. Das im Besitz der mächtigen Aponte-Familie befindliche Unternehmen wird streng hierarchisch geführt. Die Leitung gilt als verschwiegen und intransparent: Die genauen Eigentumsverhältnisse sind geheim – ebenso wie Umsätze und Gewinne.

die Container, die MSC zusätzlich löscht, werden bisher anderswo umgeschlagen: Zum Beispiel im Hamburger Eurogate-Terminal oder in Bremerhaven. SPD und Grüne hätten aus der Vergangenheit lernen können: 2013 setzte ein Volksentscheid den Rückkauf der privatisierten Energienetze in Hamburg durch. Mittlerweile geben auch die meisten ehemaligen Gegner*innen des Rückkaufs zu: Die finanzielle, soziale und ökologische Bilanz ist ausgezeichnet, wenn die Stadt sich drum kümmert und nicht ein profitthungriger Konzern. Denn öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!



Sorge um Arbeitsplätze und Löhne: Beschäftigte aus dem Hafen gehen auf die Straße gegen die weitere Privatisierung

INTERVIEW

„Wir sind permanent ausgelastet“

Auf Einladung der Hamburger Linksfraktion beriet kürzlich der Kongress „Sexismus tötet“ über die wachsende Gewalt an Frauen in Hamburg. Mit dabei war auch Petra Schlesiger (Foto) vom „1. & 3. Frauenhaus“. Wir haben sie zur Situation der Hamburger Frauenhäuser befragt

Backbord: Warum heißt es „1. & 3. Frauenhaus“? Sind das eigentlich zwei Frauenhäuser?

Schlesiger: Früher waren das mal zwei. Dann hat der Senat beschlossen, dass wir keine Frauenhäuser mehr brauchen und wollte das 1. Autonome Frauenhaus schließen. Das konnten wir zwar verhindern, wurden aber gezwungen, sie zusammenzulegen. Aus einem mit 44 Plätzen und einem mit 30 Plätzen ist dann eins mit 61 Plätzen geworden.

Backbord: 44+30=61? Die Gleichung geht irgendwie nicht auf.

Schlesiger: So ist es. Durch die Zusammenlegung sind 13 Plätze weggefallen. Und die 61, die übrig sind, sind eigentlich zu viele für ein einziges Haus.

Backbord: Wie kann man sich so ein Frauenhaus eigentlich vorstellen? Ist das tatsächlich ein Haus?

Schlesiger: Genau. Auf drei Etagen. Die Frauen leben dort unter engen Bedingungen in Zimmern, auch Mütter mit Kindern. Alleinstehende Frauen müssen sich ein Zimmer teilen. Ansonsten gibt es Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftsräume und Spielräume für Kinder. Immerhin hat jede Frau ein eigenes Bad.

Backbord: Was für Frauen suchen bei Euch Schutz?

Schlesiger: Die kommen aus allen sozialen Schichten. Da sind auch Frauen dabei, deren Männer Polizisten, Professoren oder Ärzte sind. Auch vom Alter her ist alles dabei.

Backbord: Wie kann man sich den Alltag bei Euch vorstellen?

Schlesiger: Die Frauen sind nicht freiwillig hier, sie befinden sich allesamt in einer schwierigen Situation. Es gibt außerdem viel Bürokratie. Anträge schreiben, all das. Wir als Mitarbeiterinnen geben uns allerdings Mühe, den Frauen auch schöne Momente zu bereiten. Wir machen gemeinsam Ausflüge. Sie sollen die Welt wieder mit anderen Augen sehen.

Backbord: Wie lange bleiben die Frauen bei Euch?

Schlesiger: Leider oft länger, als es sein muss. Hauptgrund ist der angespannte Wohnungsmarkt in Hamburg. Selbst wenn sie bei uns ausziehen könnten, finden viele einfach keine Wohnung. Da bleiben manche dann ein oder einhalb Jahre. Und belegen Plätze, die andere gebrauchen könnten.

Backbord: Müsst Ihr die Frauen schützen vor ihren Männern?

Schlesiger: Wir versuchen, dass sie nicht erfahren, wo wir sind. Wir benutzen anonymisierte Adressen. Außerdem bringen wir die Frauen weit von ihrem bisherigen Umfeld unter, so dass sie sich auf die Straße wagen können, ohne befürchten zu müssen, ihrem Mann zu begegnen. Zur Not setzen wir auch Security ein oder rufen die Polizei. Es ist immer jemand in Bereitschaft.

Backbord: Wie kommt man ins Frauenhaus?

Schlesiger: Wir haben eine Zentrale Notaufnahmestelle, die 24/7 erreichbar

HILFE IM NOTFALL
Der Frauen-Notruf **040 8000 4 1000**
ist an 7 Tagen in der Woche
24 Stunden erreichbar.
Info: www.hamburgerfrauenhaeuser.de



ist. Es gibt 15 Plätze in einer Notaufnahme, da kann sich jede Frau erstmal in Sicherheit bringen. Nach drei Tagen wird entschieden, in welches Frauenhaus sie dann kommt.

Backbord: Gibt es denn genügend Plätze?

Schlesiger: Nein. Wir sind eigentlich immer komplett ausgelastet.

Backbord: Woran liegt das?

Schlesiger: Wir merken, dass die Lebenssituation der Menschen nicht leichter geworden ist. In den letzten Jahren hat außerdem die Zahl der Femizide, also der Tötungsdelikte an Frauen, zugenommen. Das bereitet uns große Sorgen.

Backbord: Wie könnte die Politik helfen?

Schlesiger: Wir brauchen mehr Plätze und mehr Personal. Im Moment ist der Betreuungsschlüssel 1:8. Wir bräuchten eigentlich 1:4, mindestens aber 1:6. Die Bürokratie ist stark gestiegen, wir sind ja nur noch dabei, Zettel auszufüllen. Dabei müssen wir uns eigentlich um die Frauen kümmern.

Backbord: Das kostet Geld.

Schlesiger: Das ist ja so ein Missverständnis. Viele denken, es sind die Frauen, die die Kosten verursachen. Dabei sind es die Täter! Viele glauben außerdem, dass sich unsere Arbeit nicht rentiert. Das stimmt nicht. Kindern ein Leben ohne Gewalt zu ermöglichen, schützt vor Gewaltausübung in der Zukunft!

Backbord: Was kann die Politik noch tun?

Schlesiger: Sie muss dafür sorgen, dass es keine (!) Gewalt gegen Frauen gibt! Dazu muss sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen grundsätzlich ändern. Wir brauchen endlich echte Gleichberechtigung, 50:50! Schon in Schulen und Kindergärten brauchen wir mehr Prävention. Jungen müssen lernen: „Nein heißt Nein!“ Auch die Eltern sind gefordert, ihren Söhnen nicht ein falsches Rollenbild anzuerziehen.

PARLAMENTSARBEIT

22/10688 - Betr.: Löschmatorium für Akten- und Datenbestände mit Bezügen zum NSU-Komplex und Rechtsterror

22/11028 - Betr.: Ehegattensplitting abschaffen, Minijobs eindämmen, Tarifbindung stärken!

22/12434 - Betr.: Bahn für Lurup und Osdorf JETZT – statt in 20 Jahren!

22/12305 - Betr.: Familienerholung mit einem Ferienzuschuss ermöglichen

22/9521 - Betr.: Obdachlosigkeit bis 2030 beenden: Masterplan endlich umsetzen

„Die Bürgerschaft möge beschließen“

Diesen Worte enthalten alle Anträge, die wir ins Parlament einbringen. Seit der letzten Wahl waren das bereits fast 500! Mal geht es um Verkehr, mal um Mieten, Kultur, Schule, den Hafen, Sport, Gleichstellung, das Klima. Und auch wenn so ein Antrag abgelehnt wird: Das Thema wird diskutiert, die Medien berichten darüber. Er bewegt immer etwas! Hier eine kleine Auswahl von Themen, die wir in letzter Zeit vorgeschlagen haben. Welchen Anträgen hätten Sie zugestimmt?

BÜRGERCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
22. Wahlperiode

Drucksache **22/12789**
29.08.2023

Antrag
der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und Insa Tietjen (DIE LINKE)
zu Drs. 22/12684

Betr.: Hamburg braucht das Bündnis für kulturelle Freiräume
Seit 2022 existiert in Hamburg eine bundesweit einzigartige, spartenübergreifende Allianz: Unter dem Manifest #wirbrauchenräume treten Kunst-, Kultur- und Sozialräume gemeinsam für eine kultursensible Stadtentwicklung ein. Mit einem eindrucksvollen Appell hat sich dieses Bündnis am 8. Februar 2023 an Senat und Bürgerschaft gewandt.

Jedes Parlamentsdokument bekommt eine Drucksachenummer. Weil wir die 22. Legislaturperiode haben, beginnt sie immer mit 22. Die Zahl dahinter erleichtert die Suche in der Parlamentsdatenbank. Unter www.buergerschaft-hh.de/parldok/ sind alle Bürgerschaftsdokumente öffentlich einsehbar!

22/12303 - Betr.: Schulbegleitungen nach Tarif bezahlen!

22/12141 - Betr.: Privilegien bei Erbschaft und Schenkungsteuer abschaffen!

22/11895 - Betr.: Polizei versammlungsfreundlich reformieren – Kennzeichnungspflicht und Abschaffung des Vermummungsverbots!

22/11293 - Betr.: Managergehälter deckeln – gute Tariflöhne stärken

22/11027 - Betr.: Kranke Kinder brauchen qualifiziertes und gesundes Pflegepersonal: Kinderkrankenpflege entlasten

22/12433 - Betr.: Statt Schrecken ohne Ende: U5 stoppen, Planung für Stadtbahnnetz aufnehmen

22/12613 - Betr.: Kostenfreie Toiletten für alle

Wir sind für Sie da!

Anliegen vortragen, Hilfe bekommen, Abgeordnete treffen:
Das geht in unseren Fraktionsbüros.
Sechs davon gibt es insgesamt über die Stadt verteilt:

- Lurup | Abgeordnetenbüro**
Cansu Özdemir
Luruper Hauptstr. 149 | 22547 Hamburg
040 38 63 85 83
nach Vereinbarung (Mo+Fr)
- Innenstadt | Geschäftsstelle DIE LINKE**
Burchardstr. 21 | 20095 Hamburg
040 42 831-2250
nach Vereinbarung
- Harburg | Abgeordnetenbüro**
Sabine Boeddinghaus
Wallgraben 24 | 21073 Hamburg
040 30 39 48 74
Di 11-13 Uhr | Do 13-15 Uhr
- Eimsbüttel | Abgeordnetenbüro**
Carola Ensslen/Insa Tietjen
Schopstr. 1 | 20255 Hamburg
0175 724 03 53
nach Vereinbarung
- Dulsberg | Abgeordnetenbüro**
Deniz Celik
Straßburger Str. 16 | 22049 Hamburg
040 32 59 54 72
Mo, Di, Do 10-18 Uhr
- Bergedorf | Abgeordnetenbüro**
Stephan Jersch
Weidenbaumsweg 19 | 21029 HH
040 71 18 90 90
Mo 13-15 | Di 8-10 | Do 9-13 | Fr 10-12 Uhr



IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250
E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de
Twitter/X: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: [fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg](https://facebook.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg) | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh
TikTok: tiktok.com/@linksfraktionhamburg
V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de
Fotos: Karin Desmarowitz (Titel: Maya und Siba, S. 2: Fraktionsvorsitzende, S. 3: Theater, Museen, S. 4: Alleinerziehende, S. 5: Porträts Abgeordnete; S. 6: Demo Hafenarbeiter unten) | Freepik (S. 4-5: Piktogramme) | iStock/FatCamera (S. 3: Sport) | iStock/Imgordhand (S. 3: Schwimmbad) | pixabay/Kollinger (S. 3: Bücherhalle) | Harald Singler (S. 6: Demo Hafenarbeiter oben) | Wikimedia /Hauke Stieler (S. 3: Hochbahn)